



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Klimaschutz, Umwelt und Ordnung am 14.11.2019**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:22 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Alexander Raue	Ausschussvorsitzender, AfD-Stadtratsfraktion Halle
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Christoph Bergner	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Vertreter für Herrn Scholtyssek, Teilnahme ab 17:04 Uhr
Steve Mämecke	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Vertreter für Herrn Aldag, Teilnahme bis 19:00 Uhr
Beate Thomann	Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
Hans-Dieter Sondermann	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Dr. Silke Burkert	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme bis 19:22 Uhr
Dr. Sven Thomas	Fraktion Hauptsache Halle, Teilnahme bis 18:45 Uhr
Yana Mark	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Martin Bochmann	Sachkundiger Einwohner
Jens Breitengraser	Sachkundiger Einwohner
Torsten Doege	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme ab 18:52 Uhr
Torsten Hahnel	Sachkundiger Einwohner
Franziska Meusel	Sachkundige Einwohnerin
Anne-Marleen Müller-Bahlke	Sachkundige Einwohnerin
Stefan Schulz	Sachkundiger Einwohner
Heinz-Jürgen Seilkopf	sachkundiger Einwohner
Dr. Frank D. Steinheimer	Sachkundiger Einwohner

Verwaltung

Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister
Oliver Paulsen	Grundsatzreferent
Tobias Teschner	Leiter Fachbereich Sicherheit
Kerstin Ruhl Herpertz	Leiterin Fachbereich Umwelt
Daniel Zwick	Leiter Dienstleistungszentrum Klimaschutz
Waldemar Roesler	Leiter Team Verkehrsentwicklung und Nahverkehr
Sarah Lange	Protokollführerin

Gäste

Vinzenz Schwarz	Vorstand Halleschen Verkehrs-AG
-----------------	---------------------------------

Entschuldigt fehlten:

Andreas Scholtyssek	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu Einwohnerfragestunde

zu Herr von Lampe zum Klimaschutzkonzept

Herr von Lampe fragte, weshalb die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik erst 2024 erfolgt und weshalb es keine konkrete Zielsetzung gibt, die Straßenbeleuchtung gänzlich auf LED-Technik umzurüsten.

Herr Zwick antwortete, dass die Umstellung auf Ökostrom im Zuge der neuen Vertragsabschlüsse 2024 erfolgen wird. Eine Umstellung auf LED-Technik erfolgt jetzt schon fortlaufend.

Herr von Lampe fragte, warum die Umstellung bei kommunalen Gebäuden vertraglich jetzt schon möglich ist.

Herr Zwick antwortete, dass hier andere Vertragsmodalitäten vorliegen.

zu Herr Bentke zum Klimaschutzkonzept

Herr Bentke bezog sich auf die gute halesche Ausgangslage beim CO₂-Ausstoß und fragte, weshalb die Stadt, in Bezug auf deren Klimaschutzziele, weitab vom 1,5-Grad-Ziel ist.

Herr Zwick antwortete, dass die strategischen Ziele im Energie- und Klimapolitischen Leitbild der Stadt Halle (Saale) festgeschrieben sind. Die Ziele werden regelmäßig überprüft und bei Bedarf geändert. Die nächste Überprüfung erfolgt 2023.

Herr Bentke fragte, weshalb die Überprüfung erst 2023 erfolgt.

Herr Zwick antwortete, dass dafür zunächst die aktuellen Maßnahmen bewertet werden müssen.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung wurde von dem Vorsitzenden, **Herrn Raue**, eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Mark sagte, dass der Antrag ihrer Fraktion (TOP 5.2) vertagt werden soll.

Herr Raue stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung der Beschlussvorlage TOP 4.1, da diese in den anderen Ausschusses vertagt wurden. Weiterhin ist die Nichtzuständigkeit des Ausschusses zu klären.

Frau Thomann sprach sich gegen eine Vertagung aus.

Herr Paulsen sagte, dass es sinnvoll ist, auf das Votum der federführenden Ausschüsse zu warten.

Frau Klimmling-Schoeffler sagte, dass die Zuständigkeit des Ausschusses vorliegt.

Frau Dr. Burkert schlug vor, den TOP 4.1 und den TOP 4.3 als erste Lesung zu behandeln.

Herr Raue bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages auf Vertagung des TOPs 4.1.

Abstimmungsergebnis GO-Antrag: mehrheitlich abgelehnt

Herr Paulsen wies darauf hin, dass es einen Geschäftsordnungsantrag auf 1. Lesung nicht gibt. Im Zuge der Debatte zum Tagesordnungspunkt kann ein Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung gestellt werden.

Herr Mämecke sagte, dass sein Antrag (TOP 5.1) vertagt werden soll.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, **Herr Raue** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 17.10.2019
- 3.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 13.06.2019
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Attraktivierung des Öffentlichen Straßenpersonennahverkehrs (ÖSPV) in Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00436
- 4.2. 2. Satzung zur Änderung der Parkgebührenordnung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00231
- 4.3. Fortschreibung des integrierten kommunalen Klimaschutzkonzeptes der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00405
- 4.4. Besetzungsentscheidung Waldbeirat
Vorlage: VII/2019/00077
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zur Erweiterung des Festgeländes am Gimritzer Damm
Vorlage: VII/2019/00321 **vertagt**

- 5.2. Antrag der Freien Demokraten zur Wassereinspeisung
Vorlage: VII/2019/00491 **vertagt**
- 6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Anfrage des sachkundigen Einwohners Stefan Schulz (CDU-Fraktion) zu öffentlichen
Trinkeransammlungen respektive zur Situation in der Torstraße
Vorlage: VII/2019/00411
- 6.2. Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Sachstand der Durchführung des
Pilotprojekts „Hol- und Bringzonen“
Vorlage: VII/2019/00413
- 7. Mitteilungen
- 9. Anregungen

**zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung
der Niederschrift vom 17.10.2019**

Frau Krischok bezog sich auf Seite 7, TOP 3. Sie fragte, weshalb ein Ausschussvorsitzen-
der im Namen der Verwaltung antwortet.

Herr Paulsen antwortete, dass Herr Raue die Ausführungen von ihm, die ohne Mikrofon
erfolgten, wiederholt hat.

Es gab keine weiteren Anmerkungen zur öffentlichen Niederschrift vom 17. Oktober 2019,
sodass diese durch die Ausschussmitglieder bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

**zu 3.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung
der Niederschrift vom 13.06.2019**

Es gab keine weiteren Anmerkungen zum Nachtrag der öffentlichen Niederschrift vom 13.
Juni 2019, sodass dieser durch die Ausschussmitglieder bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 4 **Beschlussvorlagen**

zu 4.1 **Attraktivierung des Öffentlichen Straßenpersonennahverkehrs (ÖSPV) in Halle (Saale)** **Vorlage: VII/2019/00436**

Die Ausschussmitglieder erteilten für Herrn Schwarz, HAVAG, das Rederecht.

Herr Roesler führte in die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese. **Herr Schwarz** ergänzte die Ausführungen.

Frau Dr. Burkert sagte, dass es in Thüringen ein verbundweites Azubi-Ticket in Höhe von 50 Euro gibt. Sie fragte, ob dieselben Konditionen auch in Sachsen-Anhalt gelten werden.

Herr Schwarz antwortete, dass die Einführung des Azubi-Tickets geplant wird. Ein genauer Zeitplan ist noch nicht bekannt.

Frau Dr. Burkert fragte, ob es Kooperationen mit Hotels gibt, um den Hotelgästen die kostenlose Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs ermöglichen zu können.

Herr Schwarz antwortete, dass nur mit wenigen Hotels solche Kombiticketvereinbarungen geschlossen werden konnten.

Frau Dr. Burkert fragte, ob bei den Vereinbarungen Rabatte gewährt werden.

Herr Schwarz antwortete, dass das Ticket auf Grundlage des Solidarprinzips basiert. Dabei wird ein gemischter Preis durch den MDV kalkuliert und auf den Zimmerpreis draufgeschlagen.

Frau Krimmling-Schoeffler fragte, ob der 10-Minuten-Takt auch für Busse gilt.

Herr Schwarz antwortete, dass das komplette ÖPNV-Netz angepasst wird, um die Anschlüsse gewährleisten zu können.

Frau Krimmling-Schoeffler fragte, ob das kostenlose Schülerticket beschlossen wurde.

Herr Roesler verneinte dies.

Herr Dr. Bergner fragte, ob sich der Stadtrat im Zuge eines Einigungsprozesses auf eine Variante mit über 50 Prozent der Stimmen einigen muss.

Herr Roesler antwortete, dass im ersten Durchgang die Varianten einzeln abgestimmt werden. Sollten mehrere Varianten eine Zustimmung finden, wird im zweiten Durchgang die Variante beschlossen, welche die meisten Ja-Stimmen im ersten Durchgang erhalten hat.

Frau Dr. Burkert fragte, ob es Bemühungen gibt, sich mit vergleichbaren Kommunen zum 365-Euro-Ticket und Schülerticket auszutauschen.

Herr Schwarz antwortete, dass die Einführung des 365-Euro-Tickets noch in keiner Kommune erfolgt ist.

Herr Roesler ergänzte, dass man sich bezüglich des Schülertickets mit anderen Städten abgestimmt hat.

Herr Feigl fragte, weshalb der Beschluss zur Einführung eines kostenlosen ÖPNV Schülertickets vom 19. Dezember 2018 noch nicht umgesetzt wurde.

Herr Roesler antwortete, dass das Thema der kostenlosen Schülerbeförderung innerhalb der Verwaltung ausführlich evaluiert wurde. Zusätzlich sollen noch weitere Varianten aufgezeigt werden, die als zusätzliche Leistung der Stadt Halle (Saale) in Betracht kommen könnten.

Frau Thomann fragte, ob die Kosten für das Sozialticket so berechnet werden können, dass diese unterhalb des Hartz4-Regelsatzanteils für Mobilität liegen.

Herr Roesler bejahte dies.

Herr Paulsen ergänzte, dass die Sicherstellung des Lebensbedarfes durch den Bund erfolgen müsste.

Frau Mark stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung.

Herr Raue bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages.

Abstimmungsergebnis GO-Antrag: einstimmig zugestimmt

zu 4.1 **Attraktivierung des Öffentlichen Straßenpersonennahverkehrs (ÖSPV) in Halle (Saale)**
Vorlage: VII/2019/00436

Abstimmungsergebnis: vertagt

Der Stadtrat nimmt den Vergleich über die Voraussetzungen und Auswirkungen der unabhängig voneinander umzusetzenden Maßnahmen zur Kenntnis und beschließt im Wege der EinzelpunktAbstimmung eine der nachfolgenden Varianten:

- a) Kostenloses Schülerticket,
- b) Ticketfreier City-Tag,
- c) 365-Euro-Ticket (Wiener Modell),
- d) 10-Minuten-Grundtakt oder
- e) Fahrscheinloser Nahverkehr für Azubis.

Beschlossen ist die Variante, welche die meisten Stimmen erhalten hat.

**zu 4.2 2. Satzung zur Änderung der Parkgebührenordnung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00231**

Herr Roesler führte in die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung der Vorlage.

**zu 4.2 2. Satzung zur Änderung der Parkgebührenordnung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00231**

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die 2. Satzung zur Änderung der Parkgebührenordnung der Stadt Halle (Saale) gemäß der Anlage 1.

**zu 4.3 Fortschreibung des integrierten kommunalen Klimaschutzkonzeptes der
Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00405**

Herr Zwick führte anhand einer Präsentation in die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Frau Mark fragte, ob es für das Konzept Reaktionsmöglichkeiten gibt, wenn künftig andere Mobilitätstechnologien in Betracht kommen könnten. Sie bezog sich auf Seite 172 und fragte, wie der Verzicht von Stellplätzen in Betrieben umgesetzt werden soll und welches Ziel damit verfolgt wird.

Herr Zwick nahm Bezug auf Frage eins und antwortete, dass es dazu die Maßnahme „Alternative Mobilität“ gibt. Zur Frage zwei sagte er, dass es sich dabei um eine ÖPNV-Attraktivierungsmaßnahme handelt. Die Umstellung des Fuhrparks von Betrieben und Unternehmen wird durch die Stadtverwaltung unterstützt.

Herr Dr. Thomas befürwortete das Konzept und sagte, dass Halle (Saale) auf einem guten Weg ist. Des Weiteren merkte er an, dass der sechste Beschlusspunkt nicht einfach umzusetzen ist, da die Gesetzeslage es nicht regelt.

Herr Dr. Bergner bezog sich auf Seite 38 und merkte an, dass die Stadt Halle (Saale) bereits 2015 die Zielmarke für 2025 beim Treibhausgas erreicht hat.

Weiterhin fragte er, wie die Stadtverwaltung mit dem Territorialprinzip im Hinblick auf die Berechnung des CO₂-Ausstoßes und der damit zusammenhängenden komplexen Ursachen umgeht.

Herr Zwick antwortete, dass im konzeptionellen Teil eine Klimaverträglichkeitsprüfung in einer einzelnen Maßnahme festgelegt wurde.

Herr Dr. Bergner sagte, dass seiner Meinung nach, der Punkt eins im Beschlussvorschlag überarbeitet werden müsste, da dieser den Gesichtspunkt der Güterabwägung nicht miteinbezogen hat. Er gab zu bedenken, dass die Güterabwägung bei Einzelfallentscheidungen im Beschlussvorschlag nicht deutlich wird.

Herr Paulsen sagte, dass der Punkt eins dem nicht widerspricht. Es geht darum die Stadt zu gestalten und nicht die Entwicklungen zu behindern.

Herr Feigl fragte, wann eine Öffentlichkeitsbeteiligung erfolgt.

Herr Zwick antwortete, dass es kein abgeschlossener Maßnahmenkatalog ist. Es besteht immer die Möglichkeit weitere Maßnahmen umzusetzen. Zudem soll das Konzept zukünftig fortgeschrieben werden.

Herr Raue sagte, dass das Bewusstsein in Partnerstädten gestärkt werden solle.

Frau Thomann kritisierte die Transparenz der Öffentlichkeitsbeteiligung. Sie widersprach der Aussage, dass die Stadt geringe Möglichkeiten hat, im eigenen Stadtgebiet erneuerbare Energien zu erzeugen und führte als Beispiel mögliche Solarflächen an. Des Weiteren sagte sie, dass der Hitzeaktionsplan erhebliche Defizite aufweist.

Herr Paulsen merkte an, dass im Konzept vor allem Arbeitsaufträge formuliert sind. Die Konzepterstellung und die Konkretisierung erfolgt nach Beschlussfassung des Klimaschutzkonzeptes.

Frau Thomann sagte, dass es ihre Aufgabe als Stadträtin ist, Erwartungen an die Stadtverwaltung heranzutragen.

Herr Paulsen sagte, dass es eine Beteiligung des Stadtrates und der Öffentlichkeit gegeben hat. Änderungsanträge für weitere Vorschläge können jederzeit eingebracht werden.

Frau Krimmling-Schoeffler wünschte sich, dass der Umsetzungsstatus der einzelnen Maßnahmen aus 2013 mit abgebildet wird. Des Weiteren merkte sie an, dass weder Blühstreifen noch Maßnahmen zur Müllproduktion oder dem Ressourcenverbrauch im Konzept erwähnt werden.

Herr Paulsen bat darum, konkrete Fragen schriftlich einzureichen. Weiterhin merkte er an, dass jeder einzelne Punkt mit Vertretern von Fridays for Future besprochen wurde. Der Forderungskatalog ist dokumentarisch in Gänze beigefügt, sodass die Diskussion nachvollzogen werden kann. Man hat sich darauf verständigt, dass einzelne Forderungen nicht umgesetzt werden können und daher nicht in das Konzept aufgenommen wurden.

Herr Dr. Steinheimer sagte, dass konkrete Evaluierungsinstrumente fehlen, um die Umsetzung der Ziele nachzuvollziehen.

Frau Dr. Burkert stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung der Beschlussvorlage.

Herr Raue bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages auf Vertagung.

Abstimmungsergebnis GO-Antrag: mehrheitlich zugestimmt

Frau Thomann schlug vor, pro Ausschusssitzung zwei Handlungsfelder zu diskutieren.

**zu 4.3 Fortschreibung des integrierten kommunalen Klimaschutzkonzeptes der
Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00405**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Halle (Saale) nimmt ihre Verantwortung für die Rettung des Weltklimas auf kommunaler Ebene an und wird alle notwendigen Anstrengungen unternehmen, um die wissenschaftlich belegte globale Erderwärmung so gering wie möglich zu halten.
2. Der Stadtrat nimmt die Fortschreibung des integrierten kommunalen Klimaschutzkonzeptes der Stadt Halle (Saale) zur Kenntnis und beschließt die Umsetzung der enthaltenen Maßnahmen.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit zur Umsetzung der Maßnahmen Fördergelder von Land, Bund und der EU sowie durch die Zusammenarbeit mit anderen Kooperationspartnern eine externe Finanzierung erfolgen kann.
4. Dem Stadtrat wird im Zweijahresrhythmus mit einer Informationsvorlage der Umsetzungsstand der Maßnahmen berichtet.
5. Eine Evaluation und Konzeptfortschreibung soll im Jahr 2024 erfolgen.
6. Die Themen Klimaschutz und Klimafolgenanpassung sind bei allen städtischen Vorhaben prioritär zu berücksichtigen. Der Stadtrat fordert die städtischen Tochterunternehmen auf, auch im Rahmen ihrer Geschäftspolitik diese Themen zu bearbeiten und die Stadt bei ihrem Wirken für einen nachhaltigen Klimaschutz zu unterstützen.

**zu 4.4 Besetzungsentscheidung Waldbeirat
Vorlage: VII/2019/00077**

Frau Ruhl-Herpertz führte in die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Frau Krimmling-Schoeffler fragte, ob ein Vertreter vom Naturschutzbund an den Sitzungen teilnehmen kann.

Frau Ruhl-Herpertz wies darauf hin, dass der Naturschutzbund bereits vertreten ist.

Frau Thomann merkte an, dass die Arbeitsgemeinschaft Naturgemäße Waldwirtschaft unterstützen könnte.

Herr Raue sagte, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen wird.

Herr Bochmann fragte, wann der Waldbeirat seine Tätigkeit aufnimmt und wie oft der Beirat tagen wird.

Frau Ruhl-Herpertz antwortete, dass bei einem Beschluss der Beirat kurzfristig seine Tätigkeit aufnimmt. Ein Entwurf für die Geschäftsordnung wird aktuell erarbeitet.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung der Vorlage.

zu 4.4 Besetzungsentscheidung Waldbeirat Vorlage: VII/2019/00077

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt, den Waldbeirat in der Stadt Halle (Saale) wie folgt zu bilden:

- ein Vertreter der Fachhochschule Erfurt – Fachrichtung Forstwirtschaft, Herr Prof. Dr. Dirk Landgraf
- eine Vertreterin der Hochschule Anhalt – Fachbereich Landwirtschaft, Ökotropologie und Landschaftsentwicklung, Frau Prof. Dr. Annett Baasch
- ein Vertreter des Landesentrums Wald Sachsen-Anhalt, Herr Jürgen Hartung (Forstamtsleiter)
- ein Eigentumsvertreter des Kommunalwaldes, Herr Rüdiger Franz (Abteilungsleiter Grünflächenpflege Stadt Halle (Saale))
- ein Mitglied des Naturschutzbeirates, Herr Dr. Stefan Klotz (Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ)
- ein Vertreter der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald e. V., Herr Jürgen Claus
- ein Vertreter des Naturschutzbundes Deutschland e.V., Herr Carsten Friedrich

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine weiteren Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Anfrage des sachkundigen Einwohners Stefan Schulz (CDU-Fraktion) zu öffentlichen Trinkeransammlungen respektive zur Situation in der Torstraße Vorlage: VII/2019/00411

Herr Schulz fragte, ob das Einvernehmen mit dem Hauseigentümer hergestellt werden konnte. Weiterhin fragte er nach einer Übersicht zu den durchgeführten Einsätze und der eingetriebenen Bußgelder.

Herr Teschner antwortete, dass das Einvernehmen hergestellt wurde. Die Stadtverwaltung wird Pflanzsteine auf der Mauer errichten, die der Eigentümer bepflanzen will. Weiterhin teilte er mit, dass nicht jeder Streifengang erfasst wird. Für eine Auflistung der Bußgelder sicherte er eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 6.2 Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Sachstand der Durchführung des Pilotprojekts „Hol- und Bringzonen“ Vorlage: VII/2019/00413

Herr Bochmann fragte, warum der Abstand von 250 Metern zu den Schulen in allen Fällen unterschritten wurde.

Herr Teschner antwortete, dass die Zonen an die örtlichen Bedingungen angepasst werden müssen.

Herr Doege sagte, dass an der Neumarktschule zwei unterschiedliche Hol- und Bringzonen vorhanden sind. Er fragte, ob diese auch genutzt werden.

Herr Teschner antwortete, dass es drei vorhandene Zonen an dieser Schule gibt. Diese sind örtlich versetzt, da die Eltern aus unterschiedlichen Richtungen kommen. Regelmäßige Beobachtungen zeigen eine Nutzung aller Zonen.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Baumfällliste

Frau Ruhl-Herpertz wies darauf hin, dass eine Legende hinzugefügt wurde.

Frau Krimmling-Schoeffler bezog sich auf Nr. 385 und fragte, was das für eine Fläche ist.

Frau Ruhl-Herpertz antwortete, dass es sich um eine ehemalige Ackerfläche handelt, die verpachtet wurde. Im Pachtvertrag wurde vereinbart, dass der Ausgangszustand wieder hergestellt werden muss.

Die Baumfällliste wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Herr Raue zur Umbaumaßnahme Heidestraße

Herr Raue sagte, dass im Zuge der Umbaumaßnahmen in der Heidestraße am Heidebahnhof Bäume gepflanzt wurden, wovon die Hälfte vertrocknet ist. Er fragte, ob es dafür Ersatzpflanzungen gibt und wenn ja, wer diese durchführen wird.

Frau Ruhl-Herpertz antwortete, wenn im Zuge einer Investition oder Auflage die Pflanzungen erfolgt sind, muss der Investor für die Nachpflanzungen Sorge tragen. Die Stadtverwaltung übernimmt dabei die Kontrollpflicht.

zu 8.2 Herr Dr. Steinheimer zur Schule am Holzplatz

Herr Dr. Steinheimer sagte, dass der Weg zur Schule am Holzplatz ohne Straßenbeleuchtung ausgestattet ist. Er fragte, ob es eine Nachrüstung geben wird.

Herr Paulsen sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.3 Herr Dr. Steinheimer zur Saale

Herr Dr. Steinheimer fragte, was die regelmäßige Schaumbildung auf der Saale verursacht und ob der Stadtverwaltung Einleitungen in die Saale bekannt sind.

Frau Ruhl-Herpertz sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.4 Frau Dr. Burkert zur Richtlinie

Frau Dr. Burkert bezog sich auf die Erhöhung des Budgets zur Unterstützung von entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeiten in Halle. Sie sagte, dass zur Nutzung des zusätzlichen Budgets eine Richtlinie erarbeitet werden muss. Sie fragte, wann diese dem Stadtrat vorgelegt wird.

Herr Paulsen antwortete, dass die entsprechende Beschlussvorlage erarbeitet wird und den Stadträtinnen und Stadträten noch dieses Jahr vorgelegt werden soll.

zu 8.5 Herr Bochmann zur Stromversorgung

Herr Buchmann fragte, ob den Ausschussmitgliedern eine Stromversorgung zur Verfügung gestellt werden kann.

Herr Paulsen antwortete, dass die Tische in den Ausschusssitzungen generell nicht mit einer Stromversorgung ausgestattet werden. Sollte im Einzelfall eine Lösung notwendig sein, müsse man sich verständigen.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Herr Raue beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Alexander Raue
Ausschussvorsitzender

Sarah Lange
Protokollführerin